

# Antragsbereich E: Europa & Internationales

## Antrag E2\_21

---

### 1 **E2\_21 Solidarität mit den afghanischen Studierenden!** 2

3 Mit der Eroberung Afghanistans und zuletzt der Hauptstadt Kabul durch die Taliban nach dem westli-  
4 chen Truppenabzug, haben die Taliban in einem rasanten Tempo das Land unter ihre Kontrolle gebracht.  
5 Für die meisten Afghan\*innen bedeutete es das Ende ihres Lebens, wie sie es bisher kannten. Frauen,  
6 denen ursprünglich die Ausweitung von Frauenrechten zugesichert wurde, die ein selbstbestimmtes Le-  
7 ben führen wollten, sind nun existenziell bedroht. Hinzu kommen religiöse Minderheiten, unter anderem  
8 die Hazara, politisch Engagierte, Studierende und Wissenschaftler\*innen, die mit der Angst leben müs-  
9 sen, verfolgt zu werden, oder gar dem Tod ausgesetzt zu sein. Dabei ist das Ziel der Taliban klar: die  
10 afghanische Bevölkerung ihrer fundamentalistischen und radikalistischen Interpretation des Islams zu  
11 unterwerfen. Gleichsam bedeutet die Machtübernahme der Taliban auch eine islamistische Gefahr für  
12 die gesamte Region, insbesondere für die Sicherheit des jüdischen Staats Israel.

13 Auch die Lage der afghanischen Studierenden ist schon seit Jahren prekär. So war es schon vor der  
14 Rückkehr der Taliban. Für ein Studium standen afghanischen Schulabgänger\*innen nur drei Wege offen:  
15 Manche wurden von ausländischen Studienprogrammen gefördert und konnten so im Ausland studie-  
16 ren. Die Anzahl an Studierenden, die im Ausland Studieren bemaß der Deutschen Akademischen Aus-  
17 tauschdienstes (DAAD) 2019 mit rund 24.000 Personen. Andere erlangten ein Studium an den staatli-  
18 chen Universitäten Afghanistans. Die Konkurrenz war und ist hier aber oft enorm und Bestechung ent-  
19 schied mancherorts über die Aufnahme ins Studium. Für die, die es sich leisten konnten, blieb dann nur  
20 der Weg eines Studiums an einer privaten Hochschule offen, an denen Semesterbeiträge zwischen  
21 \$300,- und \$500,- lagen. Unzähligen jungen Menschen blieb unter diesen Umständen der Weg zum Stu-  
22 dium verwehrt.

23 Die Afghan\*innen, die unter diesen Umständen studieren konnten, sind derweil einer anderen Gefahr  
24 ausgesetzt: Insbesondere Bildungseinrichtungen – die häufig in internationale Kooperation integriert  
25 sind – sind der Taliban ein Dorn im Auge. Bereits in der Vergangenheit sind Hochschulangehörige, be-  
26 besonders diejenigen der “American University of Afghanistan” häufig Opfer von Übergriffen und Terror-  
27 anschlügen geworden. Aber auch staatliche Hochschulen waren immer wieder von Anschlägen betrof-  
28 fen, so zuletzt die Universität Kabul im November 2020.

29 Seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 ist an afghanischen Universitäten eine lang be-  
30 fürchtete Kehrtwende eingetreten. Angestellte und Dozierende an staatlichen Universitäten erhalten nun  
31 kaum oder gar keinen Gehalt, müssen von ihrem Ersparten leben. Bereits im September leiteten die  
32 Taliban die Trennung der Geschlechter an den Universitäten ein.

33 Und nun ist das geschehen, was die internationale Gemeinschaft seit Anbahnung der Machtübernahme  
34 befürchtete: An einer der wichtigsten Hochschulen, der Universität Kabul, werden weibliche Studierende  
35 und Dozierende nun vom Betrieb ausgeschlossen. In den meisten Provinzen sind Hochschulen und Uni-  
36 versitäten derzeit geschlossen, in der Provinz Herat wurde koedukativer Unterricht bereits verboten. In  
37 der Praxis bedeutet dies das Ende der Bildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen. Junge Frauen  
38 werden von den weiterführenden Schulen ausgeschlossen, viele Institutionen können sich keine sepa-  
39 rate Frauen-Klasse leisten. So wird Frauen der Weg zu den Hochschulen verbaut. Damit steht einer gan-

40 zen Generation von Frauen eine verheerende Zeit bevor. Wissenschaftler\*innen und ihre Familien müs-  
41 sen sich verstecken, Studentinnen verbrennen ihre Zeugnisse und Hochschulen löschen ihre Server und  
42 vernichten ihre Studierenden-Listen – alles aus Angst vor Verfolgung.

43 In Zeiten der Unsicherheit für die Menschen vor Ort ist eine schnelle und gezielte Hilfe erforderlich. Kon-  
44 kret heißt es, dass schnelle und sichere Fluchtmöglichkeiten für die von der Taliban bedrohten Men-  
45 schen geschaffen werden müssen. Hierbei sollen durch ein Mandat der NATO oder UNO die Fluchtrou-  
46 ten abgesichert werden. Gerade in dieser Situation ist die internationale Gemeinschaft deshalb ver-  
47 pflichtet, sich für die Bildung von ausgeschlossenen Personen einzusetzen. Dazu sehen wir insbeson-  
48 dere Hochschulen in der Pflicht, Wege für ein Studium afghanischer Menschen frei zu machen. Dabei  
49 sollen nicht nur die Personen berücksichtigt werden, die ihr Studium aktuell pausieren müssen, sondern  
50 auch die, denen ein Studium trotz ihrer Qualifizierung zuvor wegen Finanzierungsfragen nicht möglich  
51 war.

52 Der DAAD hat in seinem Maßnahmenpaket einige Punkte vorgestellt, um die Situation afghanischer Stu-  
53 dierender zu verbessern, welchen wir uns anschließen. Dazu zählt unter anderem der "Ausbau der För-  
54 derung von Studierenden und Forschenden in Nachbarländern Afghanistans sowie in der Region, bei-  
55 spielsweise in Usbekistan und in der Türkei; der Ausbau der Förderung für besonders bedrohte afghani-  
56 sche Studierende und Forschende in Deutschland; Die Entwicklung von "Leadership"- Programmen zur  
57 Vorbereitung der jungen afghanischen Generation auf eine Post-Taliban-Zeit sowie die Beibehaltung  
58 und der Ausbau der erfolgreichen und bewährten Programme für die Integration von [Geflüchteten] an  
59 deutschen Hochschulen."

60 Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll der Bund durch eine ausreichende Finanzierung und ambitio-  
61 nierte diplomatische Arbeit ermöglichen.

62 Als internationalistischer, feministischer und antifaschistischer Verband schmerzt uns die Lage, in der  
63 sich unsere afghanischen Kommiliton\*innen, afghanische Frauen und Mädchen, sonstige vulnerable  
64 Gruppen und die afghanische Bevölkerung insgesamt befinden. Ihnen muss die höchste Priorität au-  
65 ßenpolitischer Bemühungen gelten.

66 Wir fordern deshalb:

- 67 • Die Wiederaufnahme einer Luftbrücke, inwieweit wünschenswert, ist in der aktuellen Situation  
68 nicht realistisch. Sollte sie möglich sein, darf dies nicht zu den Bedingungen der Taliban erfol-  
69 gen, sondern die Ausreise sollte sich nach objektiver Schutzbedürftigkeit – hier insbesondere  
70 weibliche Studentinnen und Wissenschaftlerinnen – richten. Ansonsten sind auch andere  
71 Fluchtmöglichkeiten für Wissenschaftlerinnen und Studierende, insbesondere über Pakistan  
72 auszubauen und institutionell zu fördern.
- 73 • Sofortige Maßnahmen sind notwendig! Ausreisewilligen Afghan\*innen ist die Ausreise über den  
74 Landweg dadurch zu ermöglichen, dass die diplomatischen Beziehungen zu den Nachbarlän-  
75 dern Afghanistan intensiviert werden.
- 76 • Eine vereinfachte Visa- oder Asylbeantragung, die erst bei der Einreise erfolgen muss.
- 77 • Die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen für Studierende sind durch eine Reform des § 16b  
78 AufenthG zu ändern, sodass eine sichere Aufenthaltsperspektive, in der die Erwerbstätigkeit  
79 umfassend gestattet wird, geschaffen wird. Dieser ist außerdem von den allgemeinen Ertei-  
80 lungsvoraussetzungen des § 5 AufenthG, insbesondere von dem Erfordernis der Lebensunter-  
81 haltungssicherung nach § 5 I 1 Nr.1 AufenthG, zu befreien.

- 82 • Die Ausweitung der dezentralen Studiumsangebote für afghanische Studieninteressierte an  
83 deutschen Hochschulen und Universitäten.
  - 84 • Die Immatrikulationsbedingungen sind für ausländische Studierende zu erleichtern und vorbe-  
85 reitende Kurse für den Hochschulzugang anzubieten.
  - 86 • Die Hochschulen werden dazu aufgefordert, erneut Listen von Verbundenen der Universitäten  
87 zu erstellen. Diese Listen sollen alle Personen, die durch den Kontakt zu den verbundenen ge-  
88 fährdet sind, bezeichnen.
  - 89 • Die Schaffung von Stipendienprogrammen und Lernmöglichkeiten für Afghanische Studie-  
90 rende und Wissenschaftler\*innen, sowie unbürokratische Möglichkeiten zur Anerkennung von  
91 Abschlüssen.
  - 92 • Die Ausweitung der Finanzierung des Förderprogramms des DAAD.
  - 93 • Die Ausweitung der Aufnahme von afghanischer Zivilbevölkerung, insbesondere für weiblich  
94 gelesene Studierende.
  - 95 • Digitale wie analoge Unterstützungsangebote für die Menschen, die vor Ort bleiben möchten  
96 oder müssen, um ihre Arbeit und Ausbildung so gut und sicher wie möglich fortsetzen zu kön-  
97 nen.
  - 98 • Menschen, welche aus Bürgerkriegsländern geflohen sind, sollen die Möglichkeiten einer un-  
99 begrenzten Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Menschen, die diese wahrnehmen, sollen auf  
100 ihrem Weg zur Einbürgerung unterstützt werden.
- 101 Im Übrigen schließen wir uns dem Maßnahmenprogramm des DAAD aus seiner Pressemitteilung vom  
102 30.08.2021 an und fordern die Bundesregierung auf, die diplomatischen Schritte zur Umsetzung dieser  
103 Maßnahmen schnellstmöglich einzuleiten.